

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

92 (9.11.1848)



Karlsruher Beobachter.

Nr. 92.

Donnerstag den 9. November

1848.

Aus der Zeit.

— Karlsruhe, 3. Nov. [96. Sitzung der zweiten Kammer.] Staatsrath Hoffmann legt einen Gesetzesentwurf vor, wornach der bisherige Vereinszolltarif auch für das Jahr 1849 und zwar in so lange gelten soll, bis von Seite der Centralgewalt eine Abänderung getroffen wird. — Hierauf Berathung des Meß'schen Kommissionsberichtes über eine Petition des Uhrengewerbevereins auf dem Schwarzwalde um Unterstützung der dortigen Uhrmacherei von Seite des Staates. Die Kommission schlägt vor, die verlangten Summen insbesondere auch zur Errichtung von Muster-schulen zu bewilligen. Der Kommissionsantrag wurde von allen Rednern unterstützt, obgleich einige sich von der Sache keinen so günstigen Erfolg versprochen, und das Herabkommen des Uhren-machergewerbes auf dem Schwarzwalde theils der gelieferten ge-ringen Waare, theils der Konkurrenz durch die Fabriken, so wie der Uhrenfabrikation in Amerika, Spanien und Rußland, und endlich auch den sogenannten Verladern (Expediturs), welche sich auf Kosten der Arbeiter bereichert, zuschreiben, und in letzterer Beziehung ein weiteres Einschreiten von Seite der Regierung verlangen. Die letztere hält zwar ebenfalls den Erfolg ihres Un-terstützungsprojekts noch für problematisch, doch glaubt sie dadurch die Uhrenfabrikation auf einen sichern Standpunkt stellen zu könn-en, um die Konkurrenz von Außen zu beseitigen, zumal wenn durch zu erwartende Reichsgesetze die Schutzzölle günstiger gere-gelt würden; von einem vorzeitlichen Eingreifen in die Verkehrs-Verhältnisse und in die Expedition könne aber um so weniger die Rede sein, als man sich dadurch wieder den Vorwurf eines Po-lizeistaates zuziehen würde. Das Einzige, was man den Schwarz-wäldern in dieser Beziehung anjurathen im Stande sei, bestche darin, daß sie größere Gewerbevereine mit kleinern Ortsvereinen und Leihkassen bilden, welche erstere sodann die Versendung un-entgeltlich oder gegen mäßige Entschädigung übernehmen könnten u. s. w. Nachdem auch eine Unterstützung des Odenwaldes durch Ackerbauschulen und Straßenanlagen besprochen worden, wird der Kommissionsantrag angenommen.

— Karlsruhe, 4. Nov. [97. Sitzung der zweiten Kammer.] Schmitt erstattet Bericht über einen Gesetzesentwurf, nach wel-chem die Steuern nach dem bisherigen Umlagefuß auch während der ersten drei Monate des künftigen Jahres erhoben werden sollen. Die Kammer nimmt das Gesetz, wie es die Regierung vorgelegt, mit bedeutender Stimmenmehrheit an. — Hierauf folgte die Berathung des von Lamey erstatteten Berichtes über mehrere an die Kommission wieder zurückgewiesene Paragraphen des Gesetzes über den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden Vor der namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz selbst wurde von Junghanns noch der Antrag gestellt, den im Eingang des Gesetzes vorkommenden Ausdruck „von Gottes Gnaden“ wegzulassen. Die hierüber stattgehabten Debatten dauerten bis

Mittags gegen 3 Uhr, und es beschloß endlich die Kammer, von einer Abstimmung über diesen Antrag in der Erwartung Umgang zu nehmen, daß die Regierung baldigst hieher bezügliche Mitthei-lungen machen, solche aber auch auf das von Bissing gerügte löstige Titulaturwesen ausdehnen werde. Das Gesetz selbst wurde einstimmig angenommen.

— Karlsruhe, 6. Nov. [98. Sitzung der zweiten Kammer.] Allgemeine Berathung über Dennig's Kommissionsbericht, das Budget des Eisenbahnbaues für das Jahr 1848 und 1849 und die Nachweisungen über den Bauaufwand bis zum 31. Dez. 1847 betreffend. Schaaff erklärt, für die Eisenbahn keinen weitem Kreuzer mehr bewilligen zu wollen, bis nicht auch für Anlegung und Verbesserung der Straßen in denjenigen Landestheilen, wo die Eisenbahn nicht durchführe, also insbesondere im Odenwalde, Sorge getragen sei, und sucht diese seine Ansicht ausführlich zu begründen. Meß spricht in demselben Sinne und kommt in längerem Vortrage auf die Luxusbauten, welche an der badischen Eisenbahn stattfanden, zu sprechen, sowie auf die verschiedenarti-gen Kosten, die dabei gemacht worden. Im ähnlichen Sinne lassen sich noch viele Redner vernehmen, während Staatsrath Veff und zum Theile auch der Berichterstatter die Techniker in Schutz nehmen, und letzterer noch insbesondere bemerkt, daß man bei Beurtheilung der Bauten den Zeitpunkt, in welchem sie auf-geführt worden und nicht die geldarme Gegenwart im Auge haben müsse. Bei diesem Anlaß wurde ein Antrag von der Kammer angenommen, auf Verbindung der Eisenbahnbaubehörde und Verwaltung mit der Eisenbahnbetriebsbehörde und Verwal-tung.

— Frankfurt a. M., 5. Nov. Heute werden hier der Commodore und die Offiziere der in Bremerhafen vor Anker liegenden nordamerikanischen Fregatte St. Lorenz erwartet, um dem Erzherzog Reichsverweser ihre Aufwartung zu machen. Sie kommen unmittelbar von Berlin, wohin sie sich in gleicher Absicht zu dem König begeben hatten. Dieser Vorgang ist von großer Wichtigkeit, da das Vorankergehen der Fregatte, welche 60 Kanonen führt, beweist, daß Bremerhafen als Kriegshafen benützt werden kann; sodann ist es das erste Mal, daß ein größeres amerikanisches Kriegsfahrzeug einen deutschen Hafenplatz besucht, was Deutschland unsfretig dem lebhaften Interesse verdankt, welches die vereinigten Staaten, deren Bevölkerung bekanntlich zu einem guten Viertel deutschen Ursprungs ist, an Deutschland und dessen Wiedergeburt nimmt. Auch werden wir, wie man weiß, mit tüchtigen Führern unserer in der Bildung begriffenen Kriegsmarine von Nordamerika aus versehen werden.

— Frankfurt, 6. Nov. In der heutigen Sitzung der Reichs-versammlung theilte der Reichsminister v. Schmerling mit, daß das Reichsministerium den Beschluß der Berliner Nationalver-sammlung vom 23. Okt. in Betreff Posen's als nicht ergangen betrachte, und im Vollzug der Beschlüsse der deutschen National-

versammlung vom 27. Juli die Demarkationsarbeiten unverzüglich durch General Schäfer vornehmen lassen werde. Nach Oesterreich sei neuerdings eine Reichscommission mit umfassenden Vollmachten abgesendet worden, um dort im Interesse der deutschen Sache und der Freiheit zu wirken. Ein Antrag von Biedermann in Betreff der Stellung der k. sächs. Regierung und Stände zu der Nationalversammlung und ihren Beschlüssen wurde für dringend erkannt, ebenso ein Antrag des Abg. Jordan von Berlin, wonach jeder mit den Beschlüssen der Nationalversammlung in Widerspruch stehende Beschluß einer Versammlung eines Einzelstaates als null und nichtig erklärt und nöthigenfalls als ungesetzliche Auflehnung und entschieden zurückgewiesen werden soll. Drei Anträge der Abg. Simon von Breslau, Simon von Frier und Bauernschmidt, „man solle ein Reichsheer aufbieten, um mit Gewalt der Waffen die bisherige Wiener „Volkssfreiheit“ wieder herzustellen“, wurden dagegen nicht für dringend erklärt. Es wurde sodann der Antrag des Abg. v. Reden auf eine bis Ende Dez. d. J. in ganz Deutschland vorzunehmende Volkszählung beraten und angenommen.

— Frankfurt, 7. Nov. Die Deutsche Zeitung will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß das österreicheische Ministerium folgendermaßen neu gebildet sei: Fürst Windisch-Grätz: Kriegsminister und Ministerpräsident; Fürst Felix Schwarzenberg: Auswärtiges; Baron Rübek: Finanzen.

— Stuttgart, 7. Nov. Wir hören, daß in den letzten Tagen die bayerische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, zu einer Verbindung der bayerischen und württembergischen Eisenbahnen bei Ulm die Hand zu bieten, unter der Bedingung, daß auch Baden endlich zur Verbindung seiner Bahnen mit den württembergischen sich herbeilasse, da Bayern auf die nächste Verbindung seines Hauptlandes mit Rheinbayern das höchste Gewicht lege. Ebenso hören wir, daß die Vermessungen für eine doppelte Eisenbahnlinie nach Baden hin, für eine westliche: Stuttgart-Pforzheim über Leonberg, und eine nördliche: Heilbronn-Wiesloch-Heidelberg vollendet seien, und als Resultat die Ausführbarkeit jedoch mit bedeutenderen Kosten als die einfache Verbindung (wie früher im Plan war, bloß über Bretten) ergeben haben. Möge endlich einmal Hand an die Verbindung gelegt werden! (Nur durch die Ausführung dieser beiden Linien kann dem wahren Bedürfnisse für alle Zeiten Genüge geleistet werden. Durch den Bau über Bretten nach Bruchsal würde eine zweite Friedrichselder Verbindung geschaffen; in Heilbronn würde dann die Eisenbahn eine Sackgasse bilden, während auf der andern Seite eine Anzahl bedeutender württembergischer Orte und Pforzheim links liegen bleiben würden.)

— Mainz, 6. Nov. Im Laufe der verfloffenen Woche war es in einigen Bierhäusern zwischen österreicheischen Artilleristen und preussischen Infanteristen zu Reibungen, ja sogar zu Thätlichkeiten gekommen. Der Anlaß hierzu soll dadurch gegeben worden sein, daß die Oesterreicher die Preußen mit dem Namen „Demokraten“ belegten. Um einer Wiederholung dieser Ausstritte vorzubeugen, durchzogen gestern Nachmittag von 4 Uhr an starke Patrouillen aus Oesterreichern und Preußen bestehend, die Straßen, und man hat nicht gehört, daß irgend eine Störung vorgefallen.

— Berlin, 4. Nov. Am 1. Nov. verbreitete sich das Gerücht, Graf Brandenburg sei zur Bildung eines Ministeriums berufen. Die Sache gab in der Landesversammlung Anlaß zu einer stürmischen Verhandlung, welche den sehr inconstitutionellen Beschluß zur Folge hatte, gegen diese Berufung zu protestiren. Eine dahin lautende Adresse wurde sogleich durch 25 Deputirte nach Potsdam an den König abgesandt, welcher die Adresse entgegennahm, aber eine sofortige Antwort nicht erteilte, weil kein Minister zugegen

war. Bei dieser Gelegenheit benahm sich einer der Deputirten, Jakob, so unanständig, daß sämmtliche übrigen, d'Estier ausgenommen, auf der Stelle energisch gegen ein solches Benehmen protestirten und sodann noch dem Könige schriftlich ihre Mißbilligung des Vorfalles ausdrückten. Dagegen wollen die Demagogencubbs dem „edlen Jakob“ einen Fackelzug, von allerlei sonstigen Huldigungen begleitet, darbringen. Mittlerweile nimmt die Gefeglosigkeit in der Stadt auf eine schreckenerregende Weise überhand. General Wrangel wurde vorgestern beim Einsteigen in einen Wagen von einer Menschenmenge umringt, die darüber verhandelte, ob man ihn nicht lieber jetzt schon hängen wolle. Die nicht zur äußersten Linken gehörenden Mitglieder der Landesversammlung schwebten einige Tage bei dem Heraustreten aus dem Sitzungsorte stets in größter Lebensgefahr, so daß jetzt täglich alle zu dem Schauspielhause führenden Straßen von einigen Bataillonen Bürgerwehr abgesperrt werden müssen.

— Berlin, 4. Nov. Einige Blätter (berichtet der „Preuss. Staatsanzeiger“) suchen durch allerlei Gerüchte den Glauben aufrecht zu erhalten, als werde in Wien noch immer gekämpft. Durchaus zuverlässige und verbürgte Nachrichten melden dagegen die vollkommene Beruhigung der Stadt. Ein vor uns liegendes Schreiben aus Wien vom 2. Nov. meldet: „Das Feuer in der Burg ist gelöscht und soll sehr wenig Schaden angerichtet haben. Namentlich sind die Bücher der Bibliothek und das schöne Monument von Canova in der Augustinerkirche gerettet, und selbst das Naturalienkabinet soll wenig gelitten haben. Heute ist die Stadt streng abgesperrt, und es wird Haussuchung gehalten. Man erfährt, daß die deutsch-österreicheischen Truppen hier bleiben und der nicht-deutsche Heeresheil zur Beobachtung und Verfolgung der Ungarn beordert ist. Schütte soll in Kloster Neuburg, Küster in Linz verhaftet sein; auch der Adjutant von Bem; er selbst aber noch nicht.“

— Aus Schleswig-Holstein, 3. Nov. Unser neues Kriegsministerium wird im Kieler Correspondenzblatt dringend aufgefordert, aus allen Kräften zu rüsten, welcher Wunsch sich allgemein ausdrückt, besonders nach den neuesten aus Kopenhagen eingetroffenen Blättern, die uns vergewissern, daß man dort nur den Krieg will. Es ist daher hier zu Lande allgemein der Wunsch und die Hoffnung, daß die Reichsgewalt in Frankfurt baldigst verfügen möge, daß Rendsburg als Reichsfestung durch eine Abtheilung der Reichsarmee hinlänglich stark besetzt werde, welches ohne Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen unseres Bedenkens geschehen kann. Dadurch würden wir in den Stand gesetzt sein, unsere gesammten Streikräfte zum Frühjahr ins Feld rücken zu lassen. — Ein Aktenstück des Ministers Knuth vom 23. Okt. an die Herren Johannsen und Hansen ist unterzeichnet: „Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei.“ Hier ist also offiziell ausgesprochen, daß neben der von Dänemark selbst anerkannten gemeinsamen Regierung der Herzogthümer es noch eine andere Behörde gibt. Die Dänen scheinen mithin gegen die gemeinsame Regierung noch etwas im Schilde zu führen. — Um die Verbindung zwischen Alsen und dem Festlande zu erschweren und Unwillkommene gar nicht hinüber zu lassen, haben die Dänen die Cholera als Vorwand genommen und einen Gesundheitscordon zwischen Alsen und dem Festlande und fünfztägige Quarantäne für mißliebige Personen angeordnet.

— Wien, 3. Nov. Die Wiener Zeitung, die nur bis zum 28. Okt. reicht, enthält noch die Protestation des Reichstags gegen die Verlegung nach Kremsier und überhaupt gegen die Verlegung; Am 30. Okt. fanden sich in der Versammlung noch immer 178 Mitglieder ein, aber es war dies nicht mehr die beschlußfähige Zahl. Der Reichstag wollte seine Sitzungen fortsetzen;

der Drang und der Sturm des um die Stadt wüthenden Kampfs aber scheint unübersteigliche Hindernisse geboten zu haben, und am 31. wurden die Sitzungen geschlossen. — Die Prager Deputation, die mittlerweile beim Kaiser um Gehör nachsuchte, erhielt dasselbe erst am zweiten Tage ihres Ansuchens, und auch da noch mußte sie lange auf der Treppe und in der Vorhalle harren, bis der Kaiser erschien und folgende Erklärung ablas: „Der zur Leitung der militärischen Maßregeln gegen Wien beauftragte Kommandirende hat nichts versäumt, um die Anwendung trauriger Zwangsmittel zu vermeiden. Erst nach wiederholtem Zögern wurde zu dem Aeußersten geschritten, und Ich hoffe, daß der ausnahmsweise Zustand, in welchen Wien getreten, vorübergehen und die Besorgnisse, welche von der Prager Bevölkerung ausgehen, bald völlig beseitigt werden. Ich fühle mich nicht in der Lage, jetzt schon darüber einen bestimmten Ausspruch zu thun.“ Die Konst. Z. aus Böhmen wittert hierin Reaktion; die Prager Zeitung dagegen, die übrigens der Hofumgebung des Kaisers jene Vernachlässigung der Höflichkeit gegen die Deputation schuld gibt, findet eine Entschuldigung in dem Umstande, daß gerade um jene Zeit die Meldungen über das Anrücken der Ungarn gekommen. Im übrigen sei die Audienz eine sehr feierliche gewesen. Das Militär sei vor der Deputation in's Gewehr getreten, und beide Majestäten hätten sie, von ihrem ganzen Hofstaat umgeben, empfangen, und gezeigt, wie der Kaiser das Volk in seinen Abgesandten geehrt wissen wolle. (N. Z.)

— Wien, 4. Nov. Der Stadtkommandant, Fhr. v. Gorden, drückt in einer Proklamation sein Bedauern aus, daß die getroffenen strengen Maßregeln auch jene Gutgesinnten berühren, welche an dem erschütterten öffentlichen Rechtszustande (!) keinen Antheil genommen haben, und wünscht daß alle zu den gewohnten rechtlichen Beschäftigungen zurückkehren, daß die Bewohner Wiens durch die That beweisen, daß es ihnen um die Erhaltung der Ruhe und Ordnung ernstlich zu thun sei; er werde dann die Kommunikation zwischen der Stadt und den Vorstädten wiederherstellen.

— Alle aus Wien eingehenden Nachrichten bestätigen, daß daselbst vollkommene Ordnung und Ruhe eingetreten war. Am 2. war die Stadt auf das strengste abgesperrt; verhaftet waren Moser, Vorstand der akad. Legion und ein Adjutant von Resenhäuser. — Ueber die angebliche Plünderung der Stadt erfährt man mit Zuverlässigkeit, daß in mehreren Häusern, aus welchen auf die Soldaten geschossen wurde, die Plünderung bei der Erstürmung derselben nicht hat verhindert werden können; einzelne Soldaten aber, welche in andere Häuser eingedrungen, um zu plündern, sind mit dem Tode bestraft worden.

— Aus Ungarn vom 29. Okt. Siderem Bernehmen nach hat der k. k. General Simonich in der Gegend von Trentschin über die Ungarn ein siegreiches Gefecht bestanden. Der ungarische Landsturm ist theils vernichtet, theils zerstreut. Bedeutende Haufen von Freiwilligen sammeln sich an der Gränze, um unter den Slowaken den Landsturm gegen die Magyaren zu organisiren und diese mit denselben Waffen zu bekriegen, welche sie selbst anwenden.

— Paris, 4. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die zweite Verfassungsberatung zu Ende geführt. Die Annahme der Verfassung erfolgte mit 739 gegen 30 Stimmen. Der Präsident erhob sich und sprach: „Ich erkläre im Namen des französischen Volks, daß die konstituierende Nationalversammlung die Verfassung angenommen hat.“ — Dulaure schlägt die Anordnung eines Freudenfestes zu feierlicher Verkündigung der Verfassung vor. — Es wird behauptet, Thiers weise die Verbindung mit L. Napoleon von sich; (wohl nur so

lange, als dieser noch nicht am Ruder ist.) Louis Bonaparte lebt versteckt mit Madame Gordon in einem Landhause und verläßt dasselbe nur, um sich für wenige Augenblicke in die Nationalversammlung zu begeben. Der große Mann sieht überall Mörder und gezückte Dolche.

— Paris 5. Nov. Man versichert, mehrere Repräsentanten der äußersten Linken des österreichischen Reichstages hätten durch die Vermittlung des franz. Geschäftsträgers Delacour die Erlaubniß erhalten, sich nach Frankreich zurückzuziehen, und Herr Delacour habe denselben Pässe zur Reise nach Paris ausgefertigt. (Das heißt auf gut deutsch: „Einige von der äußersten Linken haben mit Hilfe von franz. Pässen das Weite gesucht.“)

— Paris, 5. Nov. Gestern endlich ist die Verfassung von der Nationalversammlung votirt worden. Die von der Nationalversammlung nach dieser Sitzung ernannte Kommission faßte den Beschluß, daß einstweilen die definitive Annahme von Seiten der Nationalversammlung der Hauptstadt durch eine Salve von 101 Kanonenschüssen verkündet werde. Man kann sich keine Vorstellung machen von dem Eindrucke, welchen die ersten Kanonenschüsse in ganz Paris und besonders in den von dem Palast der Nationalversammlung entfernten Quartieren hervorbrachten; Niemand dachte an die Verfassung, überall war der erste Gedanke der, daß neue ernste Unruhen ausgebrochen wären.

— In Genua wurde am 29. und 30. Okt. die Ruhe ernstlich gestört. Die untern Klassen, von den lombardischen Flüchtlingen im italienischen Clubb aufgereizt, wollten die Abreise von aufwühlerischen Anschlägen nicht dulden, worüber ein Angriff der Bürgerwehr und der Linie auf die Ruhestörer erfolgte. Mehrere Personen wurden, zum Theil tödtlich, verwundet. Der Kommandant der Civica, der sonst so beliebte Marschese Lorenzo Pareto, wird nun von den untern Klassen mit Bewünschungen überhäuft. In der Abgeordnetenkammer am 30. Okt. wurde, ohne Zweifel wegen dieser Vorfälle ein strenges Fremdengesetz von der Regierung vorgelegt.

— Palermo, 6. Okt. Die neapolitanischen Truppen sind im Besitz Messina's, und haben an der Nordküste ihre Vorposten bis Barcelona vorgeschoben. Durch Dazwischenkunft des französischen (Gegenadmiral Trevoeur) und des englischen Befehlshabers der resp. Stationen ist behufs des Waffenstillstandes eine Demarcationslinie von Barcelona bis Scaletta an der Ostküste der Insel und einige Ortschaften zum neutralen Zwischenraum erklärt worden.

Die Pressfreiheit in Amerika.

(Fortsetzung und Schluß.)

Unter der Tyrannei dieses Lasters befindet sich die amerikanische Gesellschaft in einem beständigen Kriegszustande, wo man, wie bei den wilden Indianern, seinen Feinden einen Hinterhalt legt, um sie moralisch zu scalpiren. Die redlichen Bürger dieser Musterrepublik leben in steter Furcht; sie scheuen sich, zu sprechen, zu handeln oder ihre Gesinnungen auszudrücken. Um ihre Stellung in der Gesellschaft zu behaupten, müssen sie in der That Sklaven sein — nicht Sklaven, wie wir es Alle sind, der Ueberzeugung, daß, wenn sie unrechtlich handeln, die Gesellschaft sie aus ihrem Schooße verbannen wird, sondern elende, feige Sklaven, die selbst nicht das zu thun wagen was an sich unschuldig ist, aus Furcht, daß es mißdeutet werde. Aus dieser Ursache widmet man in den Vereinigten Staaten den äußeren Formen der Religion eine so peinliche Aufmerksamkeit, wodurch einige Reisende zu dem Glauben verleitet worden, daß die Amerikaner ein höchst

religiöses Volk seien — als ob es möglich wäre, daß die wahre Religiosität in einem Lande existiren könne, wo die Sittlichkeit auf einer so niedrigen Stufe steht.

Der gesellige Verkehr wird unter solchen Umständen nicht wenig erschwert; man weiß nie, mit wem man ohne Gefahr umgehen kann. Wo das doppelte Uebel der Verleumdung und der Zwischenträgererei so allgemein ist, daß man in fünf Minuten dieselbe Person von der einen Seite als einen Ehrenmann und von der anderen als einen Schurken erster Klasse bezeichnen hört, ist es äußerst schwer, ein Urtheil zu fällen. Eine noch beklagenswerthere Folge dieses Zustandes sind die Duellen, die in Amerika so häufig vorkommen, und die im Westen noch häufigeren Mordthaten. Da das Gesetz den Verunglimpften schutzlos läßt, indem den Journalen durchaus keine Garantie auferlegt ist, so hat man kein anderes Mittel, dem Skandal ein Ende zu machen, als den Angreifer persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Jeder Bürger ist genöthigt, sich selbst Recht zu schaffen. Ist Jemand zufällig beleidigt oder seine Eigenliebe verletzt worden, so kann er leicht eine Verleumdung erfinden und sie durch die Zeitungen in Umlauf bringen, um den Ruf seines Gegners zu untergraben. Auf diese Art ist man der Willkür eines jeden Elenden preisgegeben, da die Aferrede stets bereite Aufnahme findet. Das Schlimmste dabei ist, daß das Volk dadurch allmählig an die Lüge gewöhnt wird. Die Verleumdung ist das niedrigste aller Laster, dasjenige, welches die menschliche Natur am meisten herabwürdigt; wer sich dazu herabläßt, wird fortan kein Bedenken tragen, die heiligsten Wahrheiten zu verdrehen. Die Folge davon ist, daß man die Amerikaner oft als ein Volk von Lügnern charakterisirt hat.

Welcher Ursache soll man nun diesen schmachvollen Charakterzug zuschreiben? Der Presse ohne Zweifel, welche ihn nährt und ausbeutet, aber der ursprüngliche Grund ist vielleicht in den amerikanischen Institutionen zu suchen. Unter einer Demokratie sind nur zwei Mittel vorhanden, wodurch man sich über seine Mitbürger erheben kann: der Reichthum und der Ruf. Da aber Alle gleich sein wollen, so kann dieses nur dadurch stattfinden, daß man alle diejenigen herunterreißt, die durch ihr Talent oder ihr Glück über die Masse hervorragen. Jeder will Gleichheit haben, und doch will Jeder mehr sein, als die Anderen: ein selbstsamer und kläglicher Widerspruch, den Herr v. Tocqueville in seiner philosophischen Weise durch die Bemerkung erklärt, daß das menschliche Herz von einem krankhaften Verlangen nach Gleichheit erfüllt ist, welches die Schwachen veranlaßt, die Starken zu ihrem Maßstab herabzuziehen, und sie eher die Gleichheit in der Knechtschaft als die Ungleichheit in der Freiheit ertragen läßt. In der Politik besonders ist der Ruf von weit größerer Wichtigkeit, als der Reichthum; denn wenn man es einmal dahin gebracht hat, einen öffentlichen Charakter verhaßt zu machen, so verliert er alle seine Anhänger, und man ist wenigstens eines Nebenbuhlers in dem Kampf um den Vorrang entlerigt. Es gehört dieses zu den traurigsten Konsequenzen der demokratischen Institutionen.

Wie viele böse Leidenschaften, wie viele nichtswürdige Gefühle sind stets im Spiel in diesem verworrenen Durcheinander, diesem demokratischen Chaos, wo Jeder der Erste sein möchte und Keiner einen Höheren über sich anerkennen will! Der eben erwähnte Schriftsteller bemerkt, daß die Oberfläche der amerikanischen Gesellschaft gleichsam von einer demokratischen Schichte bedeckt ist, unter welcher sich mitunter eine aristokratische Grundlage zeigt. Auch im moralischen Sinn ist dieses wahr: die edelsten Tugenden, das Erzeugniß des fruchtbaren Bodens der Aristokratie, geben sich bisweilen kund; aber die ganze Oberfläche ist mit jenem demokratischen Stratum überzogen, welches gleich der von einem Vulkan ausgeworfenen Lava den einst fruchtbaren Erdboden in eine Wüste verwandelt hat.

Von der Penny-Post in England.

Im Economist findet sich ein Artikel über die Penny-Post, worin, vermöge eines in tabellarischer Form gegebenen Berichtes, der außerordentliche Nutzen dieser Einrichtung anschaulich gemacht wird, sowie die starke Vermehrung der Korrespondenz seit 1839 (dem Jahre der Einführung), besser als alles Andere, die rege Theilnahme des Publikums und die Größe des dadurch erfüllten Bedürfnisses beweist. Die Penny-Post, sagt das erwähnte Blatt, wird mit Grund als eine der hauptsächlichsten Reformen der Zeit betrachtet; aber nicht bloß deshalb — obwohl dies auch recht sehr in Betracht kommt — weil die Kosten eines Briefes von der schottischen bis zur englischen Hauptstadt von 13½ Pence bis auf 1 Penny vermindert werden; nicht deshalb, weil zwei Individuen, von denen das eine auf den Orkaden, das andere in Penzance wohnt, sich einander ihre Gedanken so billig mittheilen können, wie zwei in London lebende; sondern eigentlich darum, weil sie das große Prinzip der vermehrten Erleichterung von Kommunikationsmitteln erweitert und von diesem Gesichtspunkte aus eben so sehr von sozialer als kommerzieller Wichtigkeit ist.

Die erste Tabelle zeigt, daß während vier Wochen, vom 5. Dezember 1839 an, mit welchem Tage die alte Posttaxe aufhörte, bis zum 4. Januar 1840, 2,102,281 Briefe das Londoner Generalpostamt passirten, dagegen während vier Wochen zu Anfang des Jahres 1848, also zu derselben Jahreszeit und bei gleicher Dauer, nicht weniger als 8,536,430 Briefe ihren Weg durch dasselbe Postamt nahmen, also mehr als der vierfache Betrag.

Die Zunahme für jedes Jahr stellt sich im Speziellen folgendermaßen heraus:

Januar	4. 1810	die Summe der Briefe	2,102,281
"	2. 1841	" " " "	4,355,237
"	1. 1842	" " " "	5,207,297
"	28. 1843	" " " "	5,716,898
"	27. 1844	" " " "	6,037,526
"	25. 1845	" " " "	6,800,293
"	24. 1846	" " " "	7,886,733
"	23. 1847	" " " "	8,411,769
"	22. 1848	" " " "	8,536,432

Eine Tabelle über das Verhältnis in ganz Großbritannien, gestützt auf eine Berechnung der Anzahl Briefe, welche während einer Woche im November 1839 (zunächst vor der Einführung der Penny-Post) und später während einer Woche im ersten Monat jedes Jahres bis zum Januar 1848 abgesendet wurden, bezeugt die stetige Zunahme bis zu einem solchen Grade und in der Weise, daß, während die Briefzahl in England und Wales um 400 pCt. vermehrt wurde, sie in Irland um 374 und in Schottland um 421 pCt. stieg, also im Durchschnitt für die ganze Monarchie um 400 pCt.

Dieserjenige, welche zuerst die Einführung der Penny-Post vorschlugen, berechneten, daß nach etwa 10 Jahren die Brutto-Einnahme für das Postwesen dieselbe werden würde, wie unter dem alten System. Gleichwohl erkannten sie, daß, in Erwägung der ungläublich vermehrten Geschäfte und der Besoldung vieler neuen Beamten, die Netto-Einnahme nicht in gleichem Verhältnis zunehmen könne. Beides ist eingetroffen. Die Brutto-Einnahme 1839, das letzte Jahr des alten Systems, betrug 2,390,763 Pfd. Sterl.; die Ausgaben beliefen sich auf 756,999 Pfd. St., also Netto-Ertrag 1,633,764 Pfd. St. Im Jahr 1848 hat die Brutto-Einnahme schon 2,181,016 Pfd. St. erreicht; da aber die Kosten bis auf 1,196,520 Pfd. St. gestiegen sind, so ist der Netto-Ertrag nur 984,496 Pfd. St. Gleichwohl ist zu bemerken, daß sie sich seit 1840, dem ersten Jahre des neuen Systems, schon fast verdoppelt hat, und daß 1847 eine Vermehrung von 159,384 Pfd. St. gegen den Netto-Ertrag von 1846 ergibt.

Am meisten Erstaunen erregend sind die Resultate der Geld-Briefsendungen, welche sich so vermehrten, daß die Beträge bloß für ein einziges Quartal, während der neun Jahre, von 92,734 Pfd. St. bis auf 3,847,528 Pfd. St. gestiegen sind.

Unmöglich ist es, daß man auch mit den sanguinischsten Hoffnungen einen glücklicheren Ausgang dieses großartigen Versuches hätte ahnen können und es ist natürlich, daß andere Länder dadurch ermuntert werden, Englands Beispiel zu folgen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat bereits dem Kongreß eine Bill hinsichtlich der Porto-Ernieuerung, fast in demselben Verhältnis wie in England, vorgelegt.